



# BEI INZIDENZWERT UNTER 100 ÖFFNEN GRUNDSCHULEN UND KITAS AB 22. FEBRUAR - DAS WIRD KNAPP FÜR LÜBECK

Veröffentlicht am 11.02.2021 um 10:00 Uhr

**Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) erklärte am Mittwoch Abend, wie es in Schleswig-Holstein nach dem 15. Februar weitergehen soll. Ein schrittweises Vorgehen soll es bei der Kinderbetreuung und Schule geben, den tatsächlich sollen schon die Grundschulen und Kitas ab 22. Februar in den Regelbetrieb unter Pandemie-Bedingungen gehen.**

Das soll für Kreise und kreisfreie Städte gelten, die einen stabilen Inzidenzwert von unter 100 haben. Anders, als bisher von der Landesregierung geplant, sollen die Kinder der Klassen 5 und 6 aber erst mal noch weiter zu Hause im Distanzunterricht bleiben.



/ Foto: Alicja/Pixabay

Diese Lockerung könnten zum jetzigen Stand wegen hoher Corona-Infektionszahlen bisher nicht für die Kreise Herzogtum Lauenburg und Pinneberg sowie für Flensburg und Lübeck gelten. Das wird aber erst Montag von der Landesregierung entschieden. "Wir werden uns die Situation der Infektionen dort sehr sorgsam angucken", sagte Günther. Natürlich gilt weiterhin, dass dort, wo die Öffnung nicht verantwortet werden kann, Eltern keine Kita-Gebühren zu entrichten haben.

Ebenfalls vielerorts erwartet: Friseurläden sollen ab dem 1. März wieder öffnen dürfen - bei strikter Einhaltung von Hygiene-Auflagen. Das werde die Landesregierung so umsetzen, sagte der Ministerpräsident. Eine Reservierung wird notwendig sein und in den Läden müssen medizinischer Masken getragen werden.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) einigte man sich grundsätzlich auf die Öffnungsbedingungen für Geschäfte im März. Ab einer 35er-Inzidenz darf etwa der Einzelhandel dann unter bestimmten Bedingungen wieder öffnen - unter anderem ein Kunde pro 20 Quadratmeter. Auch die Öffnung von Museen und Galerien sowie die Öffnung der noch geschlossenen körpernahen Dienstleistungsbetriebe ist vorgesehen.

Über die Öffnungsstrategie in Kultur, Sport in Gruppen, Freizeit, Gastronomie und Hotelgewerbe wollen Bund und Länder bei einem Treffen am 3. März beraten.